

## Saskatchewan Courier

Erste jährliche Ausgabe  
Herausgegeben von der  
Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.

Fritz Bringmann, Geschäftsführer  
J. A. Kusser, Redakteur

Redaktion und Expedition:  
1835 Hafford St., Regina, Sask.  
Telefon 3391

Abonnementsspreis:  
In Kanada \$1.00  
In den Vereinigten Staaten \$1.50  
In Europa \$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen müssen spätestens bis Sonnabend 12.00 eintreffen, wenn dieselben noch aufnahme in der folgenden Ausgabe finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen um' Anmeldungen finden jederzeit gerne Aufnahme. Ständige Korrespondenten überall ge sucht.

Adressen - Befehlungen von Leuten halten uns sofort mitgeteilt werden, dassgleich sind die Abonnenten gebeten, die Abonnement sofort zu benachrichtigen, falls der Mietzins ausbleibt oder Beratungsweg in der Zustellung vorliegt, damit dieselbe darüber bei der Post Erfüllungen einziehen und Abfälle verhindern kann.

Besteck-Noten für kleine Anzüge wie: Kärmelkäufe, Auktionen, Entnahmen, Ausgaben, Verkäufe, S. Lengenfude, Verlangt, Verloren, gefunden usw. neuer

Verkaufszahlung: für jede Anzeige 1 Zoll 15 Pfennig, für die zweite Anzeige 2 Zoll 30 Pfennig, für jede dritte Anzeige 2 Zoll 45 Pfennig, für jede vierte Anzeige 2 Zoll 60 Pfennig, für jede weitere Anzeige und Großschreiben 10 Pfennig.

Reguläre Anzeigenzettel für Linien- oder Raumanzüge werden auf Wunsch bereitwillig belastet gegeben.



## Redaktionelle Randglossen.

Der Prohibitionstaat Oklahoma scheint nach dem Ruhme zu streben, im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten alles Dageworfen in den Schatten zu stellen: er hat zwei Bewerber um die Gouverneursnominierung, von denen der eine wegen Zugrubes und der andere wegen Unterschlagung im Buchhaus gefangen hat.

Das empfindlichste Organ der modernen Volksbegleiter ist die Tasche; die eige ne natürlich, nicht etwa die freude.

In Ausland ist auch eine Prohibitionsbewegung im Entstehen begriffen. Wird denn da nicht schon Schnaps genug getrunken?

In der Maschinenwerkstatt des Illinois Staatszuchthauses in Joliet hat man ein paar Sträflinge beim Falschmünzen abgefasst. Frechheit, steh mir bei!

Villa hat den Vieh- und Fleischhandel in Chihuahua in die Hand genommen und lädt das Pfund Rindfleisch um 6 Cents verkaufen. Der Gewinn fließt in die Kasse der Aufständischen. Auslagen gibt es nicht. Das Vieh kostet nichts und das Abschachten bevorzugt die Soldaten aus Lust und Liebe. Wie wär's, wenn wir den wackeren Pancho einmal zu einem Gaestspiel einläden?

Der Name des jugendlichen deutsch-amerikanischen Telegraphisten Ferdinand J. Kühn vom untergegangenen Dampfer "Monroe" wäre sicherlich fünfzig Geschlechtern in Geschichtsbüchern überliefert, wenn er sich als Held in einer mörderischen Schlacht hervorgetan hätte, anstatt je einen Tag zu opfern, um einer mit den Wellen ringenden Frau die Rettung zu ermöglichen.

Auf den König von Spanien wurde wieder ein Attentat verübt. Auf den König von Spanien wurde kein Attentat verübt. - Wollen wir nicht lieber Knöpfe zähnen?

Aus dem letzten Semesterausweis des Staatssekretärs von Japon: Begegnungen zwischen Deutschland und England - sehr gut. Ja, wenn man sich selbst zensieren darf!

Weshalb sollen übrigens die Begegnungen zwischen England und Deutschland nicht freundschaftlich sein? England muss sich doch seine Luftschiffe in Deutschland bauen lassen.

Die Türkei ist schwer krank. Griechenland ist am Rande des Staatsbankrotts. Die Gesicht eines türkisch-griechischen Krieges rückt dennoch immer näher. Vielleicht deshalb, weil beide Länder nichts zu verlieren haben.

Die amerikanische Regierung will in Mexiko den Frieden herstellen, indem sie die Waffenaufrüstung nach Mexiko gestoppt. Wenn die Mexikaner sich gegenseitig bis auf den letzten Mann abgeschlachtet haben, werden, wird es allerdings Frieden. Verpflichtungen befreien müthen. Vielleicht ist auch dem seegesetzlichen Aktion die Erkenntnis aufgedämmt, dass in einem Kriege mit Deutschland der

## Genug Gründe

Dr. Neely, der Vertreter des Humboldt Distrikts, brachte im Dominion Parlament dieser Tage eine Resolution ein, welche die Aufhebung des Zolles auf Weizen vorschlägt, und somit dem Wunsche der westlichen Provinzen Ausdruck verleiht. Seitens der Regierung ließ sich Hon. Robert Rogers, der Minister der öffentlichen Arbeiten und Hauptvertreter des Westens im Kabinett, über diese Resolution aus und erklärte, dass weit "trifftigere" Gründe angeführt werden müssten, ehe es die Regierung für angebracht halten werde, eine Neugestaltung des bestehenden Tariffs vorzunehmen, welche solch wichtige Industrien, wie die in Frage stehenden, berühren würde. Das mit meinte er die Landwirtschaft und die Mühlenindustrie.

Dass die Regierung noch mehr Gründe haben möchte, ehe sie sich dazu bequemen will, dem Verlangen der liberalen Partei, dem kanadischen Weizen den Zutritt zu dem amerikanischen Markt zu ermöglichen, nadzufolgen, ist entweder auf geradezu bodenlose Unwissenheit zurückzuführen, oder muss als Ausrede aufgesetzt werden, weil die Regierung aus Rücksicht auf die Großkapitalisten des Ostens in dieser Richtung nichts hat unternehmen wollen. Die Berechtigung der Forderung nach zollfreien Weizen war in unvorderleglicher Weise begründet und durch umstöckliche Tatsachen und Zahlen bewiesen worden. Und obendrein hat noch nicht einmal einer jener Leute, die stets für die Regierung eintreten, den Versuch gemacht, trifftige Gründe anzuführen, warum dieser Forderung nicht stattgegeben werden könnte. Die Gründe, welche von der Regierung als "unzureichend" bezeichnet werden, dürften jeden, dem mehr am Wohle des Gesamtmasse des Volkes als am Wohle einer kleinen Gruppe von Kapitalisten gelegen ist, auffallen, um die Aufhebung des Zolles auf Weizen zu befürworten. Im Nachstehenden haben wir die zu Gunsten der Vorlage in den verschiedenen Abenden im Unterhaus vorgebrachten Gründe zusammengefasst:

1. Die Weizenbauer wünschen die Aufhebung dieses Zolles und haben die Regierung von diesem ihren Wunsche in Kenntnis gesetzt.

2. Die gesetzgebenden Körperschaften der am meisten in Frage kommenden Provinzen, darunter auch die Konservativen unter Führung S. R. Rodmond Robbins, befürworten die Aufhebung.

3. Der Getreidebau des Westens braucht noch einen Markt in nächster Nähe, um den enormen Überschuss abzufeuern, den Verlust macht, damit darüber bei der Post Erfüllungen einziehen und Abfälle verhindern kann.

4. Um dem Farmer diesen Markt zu verschaffen, bedarf es keines zweitwerten Vertrags oder Abkommen.

5. Die Beibehaltung des jetzigen Zolles bedeutet, dass Canada den Weizen mit einem Ausfuhrzoll belegt, der jedoch nicht in die Kasse des Dominion fließt.

6. Die Aufhebung des Weizenzolles braucht keine Urtäzung im übrigen bestehenden Zolltarif herbeizuführen.

7. Das Gutachten des kanadischen Farmers zum amerikanischen Weizenmarkt wird mit zur Herabsetzung der Frachtraten beitragen, da die kanadischen Eisenbahnen dann mit den amerikanischen konkurrieren müssen, deren Frachtraten jetzt niedriger sind.

8. Die Aufhebung des Zolles auf Weizenprodukte wird nicht die Mühlenindustrie in Canada beeinträchtigen; denn dieselbe hat bereits gezeigt, dass ihre Produkte auf den neutralen Märkten der Welt mit amerikanischem Mehl erfolgreich konkurrieren können. Der amerikanische Markt würde der kanadischen Mühlenindustrie als Ansprorn dienen.

9. Ein Ansprorn für die kanadische Mühlenindustrie würde auch die gemischtte Farmerei fördern.

10. Der Weizen würde für den Farmer einen größeren Wert haben, und zugleich würde der Konsument Nutzen daraus ziehen. Diese Behauptung wird dadurch bewiesen, dass z. B. die Weizelpreise auf dem Markt in Chicago niedriger sind wie in Winnipeg, dagegen die Weizelpreise in den Vereinigten Staaten zu einer Zeit fallen, wenn er Getreide zu verkaufen hat. Ein anderer Markt würde ihm nach Schluss der Schiffsfrachtsaison zur Verfügung stehen.

11. Der jetzige geringe Profit des Farmers würde steigen. Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist der Farmer gezwungen, die Hauptmasse seiner Ernte auf den Markt zu werfen, ehe die Schiffahrt aufhört, was zur Folge hat, dass die Preise zu einer Zeit fallen, wenn er Getreide zu verkaufen hat. Ein anderer Markt würde ihm nach Schluss der Schiffsfrachtsaison zur Verfügung stehen.

12. Wenn der Farmer einen größeren Profit erzielen, so ist das nur zum Vorteil der Fabrikanten im Osten, die in bezug auf den Verkauf ihrer Artikel von der Prosperität des Farmers abhängen.

Das sind nur einige von den Gründen, die im Interesse der Resolution angeführt wurden, und deren "Kritik" wohl niemand in Zweifel ziehen dürfte. Wir möchten wirklich die andern Gründe wissen, welche die Regierung noch angeführt haben will, ehe sie sich einverstanden erklärt, sich mit dem Problem des zollfreien Weizens zu beschäftigen. Vielleicht möchte sie Vorschläge hören, auf welche Weise sie dem Verlangen der Farmer des Westens nachkommen kann, ohne dabei ihre paar Geldfreunde im Osten auf die Hühneraugen zu treten!

## Die Neuorientierung der europäischen Politik

Zehn Jahre lang hat auf Europa der lärmende Druck jener ausgesprochenen Deutschfeindlichkeit geliefert, die in dem Dreieck Edward der Siebente - Delcasse - Iswolski so ungemein rührige Werkzeuge besaß. Man ging mit dem Schlagwort von der drohenden Hegemonie Deutschlands hausein, suchte mit List und gewalttätiger Drohung den Dreieck auseinander zu sprengen und trieb durch diplomatische Fallestellerei und politische Herausforderungen mehr als einmal die Dinge so auf die Spitze, dass der Appell an die Waffen unvermeidlich schien. Immer aber ging dem feindlichen Triumvirat im letzten Augenblick der Mut zum folgenschweren Entschluss ab: Delcasse fiel vom Ministerstuhl, als Deutschland in der marokkanischen Frage seine Rechnung präzisierte, Iswolski weicht zum Wandecke greifen, nachdem in den bosnischen Kräften die Farbe seiner Entschließung vor den vereinigten fünf Millionen deutsch-österreichischen Bajonetten verblieben war, und nur England sah, als zum dritten Mal das Feuerwehr der europäischen Börsen schüttete, gevillet, es auf Biegen und Brechen ankommen zu lassen. Es kam damals zum Biegen, weil für Deutschland die Marokkohäfen Mogadan oder Mogador die Opfer eines Waffenganges gegen die halbe Welt nicht wert waren. Dass die Kongosumpfe nicht einmal an den fragwürdigen Wert jener Häfen heranreichen, und dennoch als Kompensationsobjekt in Kauf genommen wurden, gehört auf ein anderes Blatt.

Seit jenen Sommertagen des Jahres 1911, in denen die letzte Marokkofrage zum Ausbruch gelangte und die Luft mit einer ungeheuren Spannung erfüllt war, haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Die Diplomatie des alten Kontinents hat unlerner müssen. Ihr feststehendes Axiom, das ein Balkan-Krieg den Weltbrand entfachen müsse, ist schmälerlich aufzufinden. Wohl entstanden auch während des Kampfes der christlichen Balkanstaaten gegen den osmanischen Scharka Konflikte zwischen den europäischen Großmächten, aber Dreibund wie Dreieck brachten immer noch soviel Reizung zur Nachgiebigkeit auf, um einen offenen Bruch zu verhindern zu können. Und gerade in jenen Tagen, als in London das große Rätsel über die künftigen Geschicke des Balkans anhob, machten sich die ersten leisen Anzeichen einer Entspannung der europäischen Lage bemerkbar. Es fiel auf, dass England nicht in allen Städten der so wechselseitigen albanischen Frage mit seinen Balkanverbündeten ging, dass es Rückhalt in der Errichtung des serbisch-montenegrinischen Trosses nicht unterstüttete und Frankreich mit seinen Sympathien für Griechenland mehr als einmal im Stich ließ.

Gewiss ist auf dem europäischen Festland selbst noch genug dunkles Gewölk vorhanden. Den Anschlag der französischen Republik an das Balkanreich ist inniger denn je, das Schutzbündnis der beiden Mächte vom Jahre 1892 ist erst im Vorjahr durch ein Abkommen über die beiden türkischen Streitkräfte zur See erweitert worden, und Deutschland sowohl wie die Donaumonarchie haben durch erhebliche Heeresverstärkungen gefährliche Möglichkeiten der Zukunft Rechnung zu tragen gesucht. Aber der gefährlichen Lage ist eine sehr gefährliche Spize genommen dadurch, dass die Vereinigten Königreiche in der aggressiven Politik an Seine und Reno nicht mehr mitmachen und noch viel weniger mitmachen zu wollen scheinen. Die Rüstungslast ist ihnen plötzlich um so drückender zu Bewusstsein gekommen, als sie sich endlich auf ihre lange genug hinausgeschobenen sozialen Verpflichtungen befreien müthen. Vielleicht ist auch dem seegesetzlichen Aktion die Erkenntnis aufgedämmt, dass in einem Kriege mit Deutschland der

ungeheure Einsatz weder dem Sieger noch dem Besiegten, sondern einem schadlosen Dritten zuallen würde.

Natürlich kommen solche Stimmungen nicht öffentlich zum Ausdruck, und wenn sie auch unrichtig vorhanden sind, so steht es doch ebenso unzweckhaft fest, dass sie mit einer sehr starken Gegenströmung zu kämpfen haben. Da vielleicht ist es fraglich, ob der Sieg einer besseren Einsicht überhaupt bereits gefügt erscheint. Zumindest kann aus Reden und Berlutanungen politischer Kreise wenigstens auf das Vorhandensein dieser Stimmungen geschlossen werden, und an der Seine ist man dem aus feindlichem Gesetz herausgehören. Schon die bloße Tatsache, dass der britische Schatzanwalt gegen eine weitere Anpassung des Flottenbudgets sprach, gilt der Republik, deren Revanchiefeier nach vierzig Jahren immer noch zu gefährlichen Temperaturen emporsteigt, als ein Zeugnis dafür. Und die französische Presse schlug darob, wie ein Blick in Pariser Blätter erkennen ließ, geradezu Purzelböume der Verachtung und Enttäuschung.

In Deutschland hat man noch zuverlässigeren Anzeichen über das Nachlassen der Spannung zu den englischen Vetttern. Alte Streitpunkte über Kleinheiten sind im Wege der Verhandlungen aus dem Wege geräumt worden, über die lang umkämpfte Bagdadbahn steht eine Einigung vor der Tür, in Ostafrika hat man sich über wirtschaftliche Interessenphären verständigt, können und auch über Zentralafrika ist eine befriedigende Aussprache erfolgt. An der Thematik wie an der Spree wird in warmen Worten betont, dass die Beziehungen gegen früher ungemein gesetzert haben und dass sich die leichten dunklen Wolken am englisch-deutschen Horizont verzieren.

Die Ansichten über die Gründe, welche zu diesem Umschwung geführt haben, gehen in Deutschland weit auseinander. Vielleicht hat man in London die Unmöglichkeit erkannt, die aggressive Politik gegen Deutschland als Schraube ohne Ende fortzuführen, vielleicht findet es auch die finanziellen Anforderungen an soziale Gebiete, die für neue Rüstungen keinen Raum lassen, aber höchst wahrscheinlich ist es die Einsicht, Deutschland selbst im Verein mit den Zwillingsmächten nicht niederringen zu können, dabei aber die eigene Haut zu Markte tragen zu müssen. Welches aber auch die Gründe sein mögen, die den Wechsel der britischen Politik bedingen: an der Tat, dass sich selbst läuft sich kaum noch zweifeln, und die europäische Politik wird durch den Verfall des Dreiervertrages ein wesentlich verändertes, wesentlich friedvolleriges Gesicht erhalten.

## England und die türkische Flotte

Bei dem lauten Einspruch, den die französische und die russische Presse gegen die Tätigkeit der neuen deutschen Militärmission in der Türkei erhoben, wurde gesissenschaftlich übersehen, dass England die Reorganisation der osmanischen Flotte übernommen hat. Ein besonderer Stein des Anstoßes war unsern Freunden an der Neva und Seine der Gedanke, der General S. Liman-Sanders könne seine Stellung dazu benutzen, um die Durchfahrt durch die Dardanellen nach seinem Belieben zu schließen. Zunächst muss man demgegenüber betonen, dass von jeder der Befehle in den Küstenbefestigungen und das Kommando über die Truppen in der Hauptstadt völlig getrennt waren, und es liegt kein Beweis dafür vor, dass hierin ein Wandel eingetreten ist. Die deutschen Instrukteure haben Aufgaben auszuführen, die ihnen von der türkischen Regierung gestellt werden, und die Konstantinopler Blätter betonen immer wieder, es sei eine innere Angelegenheit des Osmanischen Reiches, wie es die fremden Fachleute beschäftige.

Ebenso wie preußische Offiziere seit mehr als sieben Jahrzehnten im Dienst des Sultans standen, waren englische Seeleute bei der osmanischen Flotte tätig. Der erste Christ, der im türkischen Dienst den Paschalang und Titel erwarb, war ein britischer Marineoffizier Waller, 1877 bis 78 leitete ein Engländer Hobart Pasha, die Bewegungen der türkischen Seemacht, so wie er zehn Jahre vorher die Blockade von Kreta erhielt in die Wirklichkeit umgesetzt hatte. Als dann durch das tiefste Misstrauen des Sultans Abdül Hamid gegen die Kriegsmarine, die bei der Abhebung seiner beiden Vorfahren mit dem Verlust über das 1. Armeekorps. Eine schlagfertige türkische Flotte ist imstande, offenbar vorzugehen und das Schwarze Meer zu beherrschen. Eine Division der Türkei zu Kavkaz erhebt schon bei den jetzigen Strafen- und Bahnverhältnissen Kleinasiens als ausgeschlossen. Nun ist gemeldet worden, dass ein urprünglich für Brasilien bestimmtes Kapitänschiff, das auf englischen Werften der Vollendung entgegensteht, von der Flotte angegriffen worden ist. Das bedeutet einen wesentlichen Kräftezuwachs der osmanischen Seemacht, der sich noch weiter steigern dürfte, wenn das Gerücht sich bewahrheitet, dass die Türkei gewillt sei, in England noch einige solcher Schiffe bauen zu lassen. Bei den Abmachungen, die den Betrieb der türkischen Flotte für die Reorganisation der Flotte der englischen Gesellschaft Armstrong. Dieses übertragen, sollen Vereinbarungen über neue Kriegsschiffbauteile getroffen werden. Es soll sich angeblich um Schiffe verschiedener Klassen handeln, darunter ein Kapitänschiff, von welchem der Trop. übrigens außer dem ehemals brasilianischen noch eines in England auf Stapel steht. Bestätigen sich diese Angaben, so wäre in absehbarer Zeit die osmanische Marine ein neuer Machtfaktor, der zwar dem seebesessenen England gegenüber weniger in Frage kommt als für die Verteilung des Seegeltes im östlichen Mittelmeer und im Pontus.

Es kann damals zum Biegen, weil für Deutschland die Marokkohäfen Mogadan oder Mogador die Opfer eines Waffenganges gegen die halbe Welt nicht wert waren. Dass die Kongosumpfe nicht einmal an den fragwürdigen Wert jener Häfen heranreichen, und dennoch als Kompensationsobjekt in Kauf genommen wurden, gehört auf ein anderes Blatt.

Den Franzosen behagt die Situation nicht so recht. Sie sind durch die Verhältnisse gezwungen, den Hauptbestandteil ihrer Flotte in's Mittelmeer zu verlegen, und sie glauben von dem Bundesgenossen verlangen zu können, dass er die Nordsee bereitstellt.

Frankreich hat viele Jahre hindurch gesucht, ob es seine Hauptkraft im Kanal oder im Mittelmeer konzentrieren sollte. Die Ereignisse der letzten Jahre haben die französische Regierung gezwungen, das Hauptwohnt auf dem Balkan-Krieg zu lenken. Denn dort im Mittelmeer hat sich eine neue Seemacht erhoben - Italien. Bis zum tripolitanischen Krieg konnten die Franzosen es sich leisten, ihren italienischen Nachbar mit einer hochmütigen Handbewegung beiseite zu schieben. Jetzt geht das nicht mehr.

Italien hat sich in Nordafrika festgesetzt, ein Grund mehr zur Beunruhigung Frankreichs. Dieses hätte neben Alvier, Marocco und Tunis auch noch Tripolis eingesetzt und die Nachbarschaft Italiens drücken in Nordafrika behagt den Nachbarn in Paris ganz und gar nicht.

Um den Italienern auf dem Mittelmeer besser ein Paroli bieten zu können, ergibt sich also für die Franzosen ganz selbstverständlich jene starke Vorliebe und Unterstützung Griechenlands, die wir heute bemerken.

Gegenüber dem französischen Bemühen, sich im Mittelmeer so stark als möglich zu machen, hatte die deutsche Regierung im letzten Jahre es für angebracht gehalten, ein Geschwader nach dem Mittelmeer zu entsenden. Wenn auch keine augenblicklichen Verwicklungen vorliegen, so find doch auch noch nicht alle Fragen gelöst. Zum Beispiel die Frage der Verfügung über die östlichen Inseln, an welcher Frage Italien stark interessiert ist. Ferner die Frage Albanien. Wir hatten also das Schauspiel im Mittelmeer französisch-englische Geschwader-Demonstrations - Fähren machen zu sehen - gegen Italien und die Türkei. Über die italienische Flotte lag zur selben Zeit vor Rhodos, und die deutsche Mittelmeersflotte in den verschiedenen Häfen der deutschen Bundesgenossen Italien und Österreich.

Diese starke gegenseitige Bedrohung der verschiedenen Mächte wird auch wohl in diesem Jahr vor sich gehen.

## NORTHERN CROWN BANK

Hauptbüro — Winnipeg.

Kapital (